



2012

Statistik Kommunal Ohlsbach



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

317097

Impressum

Statistik Kommunal 2012

Artikel-Nr. 8035 12001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Statistisches Landesamt

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2012

Statistik Kommunal

Ohlsbach

Einführung und Inhalt

Sie halten ein Gemeindeheft der Serie „Statistik Kommunal“ in Händen. Die Hefte sind für jede der 1 101 Gemeinden in Baden-Württemberg erhältlich und bieten einen Überblick über wichtige statistisch beschreibbare Lebensbereiche. Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Kommunal финанzen“. Voraussetzung für die Aufnahme von Daten in die Broschüre ist, dass sie auf Gemeindeebene vorliegen.

Die Kenngrößen der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen zum jeweils aktuellsten Stand dargestellt. Soweit Daten verfügbar sind, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre präsentiert. Jedes Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse helfen.

Weitere kommunale Daten sind auf der Homepage des Statistischen Landesamtes www.statistik-bw.de unter Regionaldaten sowie im Demografie-Spiegel abrufbar.

Ziel dieser nun in fünfter Auflage erschienenen Broschüre ist es, für einen breiten Nutzerkreis relevante Informationen bereit zu stellen. Wir freuen uns daher über Ihre Anregungen zur Weiterentwicklung dieses Produktes und danken Ihnen hierfür bereits im Vorfeld recht herzlich. Bitte senden Sie Ihre Anregungen, Wünsche und Kritik an poststelle@stala.bwl.de.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Wahlen	10
Wohnen	11
Bildung	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Landwirtschaft	14
Gemeindefinanzen und Personal	15
Wasserwirtschaft	16
Verkehr	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2011	ha	1 114
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2011	Anzahl	3 239
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2011	Anzahl	+ 3
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2011	Anzahl	+ 5
Bevölkerungszu-/abnahme 2011	Anzahl	+ 8
Wohnen		
Wohngebäude 2011	Anzahl	817
Wohnungen 2011 ¹⁾	Anzahl	1 365
Bildung²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2011/2012	Anzahl	123
Schüler an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2011/2012	Anzahl	123
Schüler an Realschulen 2011/2012	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2011/2012	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2011/2012	Anzahl	.
Beschäftigung und Arbeitsmarkt³⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2011	Anzahl	603
Pendlersaldo 2011	Anzahl	– 593
Arbeitslose insgesamt 2011	Anzahl	38
Arbeitslose Frauen 2011	Anzahl	19
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2010	Anzahl	13
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010	ha	106
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2011	Anzahl	7
Schlafgelegenheiten insgesamt 2011	Anzahl	123
Ankünfte insgesamt 2011	Anzahl	6 172
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2011	Anzahl	15 641
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2011	Anzahl	885
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2011	1 000 EUR	1 494
Steuerkraftsumme 2011	1 000 EUR	2 096
Schuldenstand 2011	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2011	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2011	Anzahl	2 161
Straßenverkehrsunfälle 2011 ⁴⁾	Anzahl	6
Verunglückte Personen 2011	Anzahl	7

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2011	%	13	12	14
Waldfläche 2011	%	55	47	38
Landwirtschaftsfläche 2011	%	30	38	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2011	%	5	8	12
Durchschnittsalter 2011	Jahre	43,3	43,2	43,0
Bevölkerungsdichte 2011	Einw/km ²	291	226	302
Landtagswahl 2011				
Wahlbeteiligung	%	70,3	60,8	66,3
Stimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	41,0	42,8	39,0
SPD	%	21,5	21,4	23,1
GRÜNE	%	28,0	24,4	2,4
FDP	%	4,2	4,3	5,3
Sonstige	%	5,3	7,1	8,4
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2011	%	56	56	58
Wohnfläche je Einwohner 2011	m ²	44	45	43
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2011/2012	%	.	28	24
Übergänge auf Realschulen 2011/2012	%	.	37	34
Übergänge auf Gymnasien 2011/2012	%	.	35	41
Beschäftigung und Arbeitsmarkt³⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2011	%	54	41	38
Beschäftigte im Handel, Verkehr und Gastgewerbe 2011	%	10	24	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2011	%	29	35	42
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2011	%	35	34	35
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2011	Tage	2,5	2,3	2,6
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen (netto) je Einwohner 2011 ⁵⁾	EUR	734	903	1 052
Schuldenstand je Einwohner 2011	EUR	–	1 076	984
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2010	Liter/Tag	105	115	115
Trinkwasserpreis 2012	EUR/m ³	1,29	1,88	1,97
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2011	Anzahl	564	561	539

Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten

Einw. – Einwohner

EUR – Euro

ha – Hektar

kg/Ea – Kilogramm je Einwohner und Jahr

t – Tonne

m³ – Kubikmeter

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Mill. – Millionen

Mrd. – Milliarden

VZÄ – Vollzeitäquivalente

Zeichenerklärung

0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null

0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

– Nichts vorhanden (genau null)

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

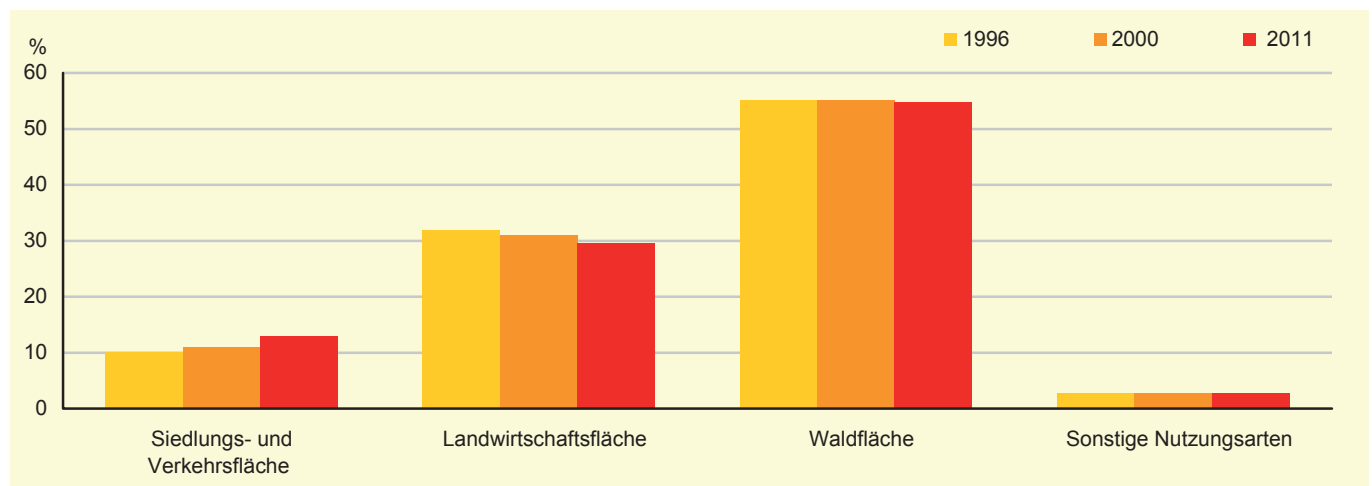
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km² und verteilt sich auf 1101 Gemeinden. Am 01.01.2011 erfolgte die letzte Gebietsstandsänderung: Der ehemalige Truppenübungsplatz Gutsbezirk Münsingen, bisher gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, wurde aufgelöst und die bewohnten Siedlungsflächen in die Stadt Münsingen (Landkreis Reutlingen) sowie in die Gemeinde Heroldstatt (Alb-Donau-Kreis) eingegliedert. Eine unbewohnte Fläche wurde der Stadt Schelklingen (Alb-Donau-Kreis) zugeschlagen. Die restliche Fläche mit 64 km² ist unbewohnt und bleibt gemeindefrei.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit 507 691 ha 14,2 %. Vor 10 Jahren lag dieser Wert noch bei 13,3 %. Davon entfallen aktuell 196 129 ha oder knapp 40 % auf Verkehrsflächen, d. h. Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und den Luftverkehr. Bei 272 962 ha oder 54 % der SuV handelt es sich um Gebäude- und Freifläche, bei weiteren 30 657 ha (6 %) um Erholungsfläche. Zu beachten gilt hierbei, dass die SuV in erheblichem Umfang Grün- und Freiflächen umfasst. »Flächenverbrauch« ist demnach nicht mit »Versiegelung« – also dem teilweisen oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleich zu setzen. Nach Schätzungen des Statistisches Landesamtes sind landesweit in Baden-Württemberg knapp die Hälfte der SuV tatsächlich versiegelt.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2001		2011		2011	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	1 114	100,0	1 114	100,0	3 575 141	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	129	11,6	144	12,9	507 691	14,2
davon						
Gebäude- und Freifläche	85	7,7	98	8,8	272 962	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	–	–	–	–	4 435	0,1
Verkehrsfläche	37	3,3	39	3,5	196 129	5,5
Erholungsfläche	6	0,5	6	0,5	30 657	0,9
Friedhofsfläche	1	0,1	1	0,1	3 508	0,1

Flächennutzung



Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs stieg im Jahr 2011 um etwa 32 300 Personen auf rund 10,79 Mill. Einwohner an. Damit hat die Einwohnerzahl einen neuen Höchststand erreicht, nachdem sie 2010 lediglich um rund 9 000 angestiegen ist und in den Jahren 2008 und 2009 sogar zurückgegangen war. Zwar hat sich das Geburtendefizit von knapp 8 100 im Jahr 2010 auf zuletzt 8 900 nochmals leicht vergrößert. Gleichzeitig hat sich aber auch der Wanderungsgewinn deutlich erhöht: 2010 lag das Wanderungsplus noch bei 17 300 Personen, 2011 sind immerhin 41 500 Personen mehr nach Baden-Württemberg zu- als fortgezogen; das war der höchste Wanderungsgewinn seit dem Jahr 2002.

Die Baden-Württemberger waren zum Jahresende 2011 durchschnittlich 43 Jahre alt. Das Durchschnittsalter ist gegenüber 1970 um immerhin 8 Jahre und zum Vorjahr um 0,2 Jahre gestiegen. Mit durchschnittlich 51,7 Jahren hatte die Ex- bzw. Enklave Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz) die älteste Bevölkerung in Baden-Württemberg (Frauen: 52,5 Jahre, Männer: 50,8 Jahre). Am jüngsten ist sie mit 36,5 Jahren in Riedhausen im Landkreis Ravensburg (Frauen: 37 Jahre, Männer: 36 Jahre). Maßgeblich wird die Altersstruktur der Bevölkerung und folglich das Durchschnittsalter durch die Geburtenrate und das Wanderungsgeschehen bestimmt.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 088	46	54	98	1990	2 558	49	51	230
1890	954	48	52	86	1994	2 651	50	50	238
1900	1 034	49	51	93	1998	2 866	51	49	257
1910	1 131	48	52	102	2002	3 031	50	50	272
1925	1 232	49	51	111	2005	3 178	50	50	285
1933	1 219	49	51	109	2006	3 203	50	50	287
1939	1 253	47	53	112	2007	3 219	50	50	289
1950	1 456	46	54	131	2008	3 222	50	50	289
1961	1 737	47	53	156	2009	3 218	50	50	289
1970	2 100	48	52	189	2010	3 231	50	50	290
1987	2 335	49	51	210	2011	3 239	50	50	291

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
2003	35	17	+	18	+	6	203	149	+	54	+	18	+	72	+	23
2004	33	25	+	8	+	3	191	180	+	11	+	4	+	19	+	6
2005	17	16	+	1		0	239	184	+	55	+	17	+	56	+	18
2006	35	12	+	23	+	7	172	170	+	2	+	1	+	25	+	8
2007	23	19	+	4	+	1	187	175	+	12	+	4	+	16	+	5
2008	26	13	+	13	+	4	174	184	-	10	-	3	+	3	+	1
2009	19	21	-	2	-	1	170	170	+	0		0	-	2	-	1
2010	22	18	+	4	+	1	194	185	+	9	+	3	+	13	+	4
2011	20	17	+	3	+	1	210	205	+	5	+	2	+	8	+	2

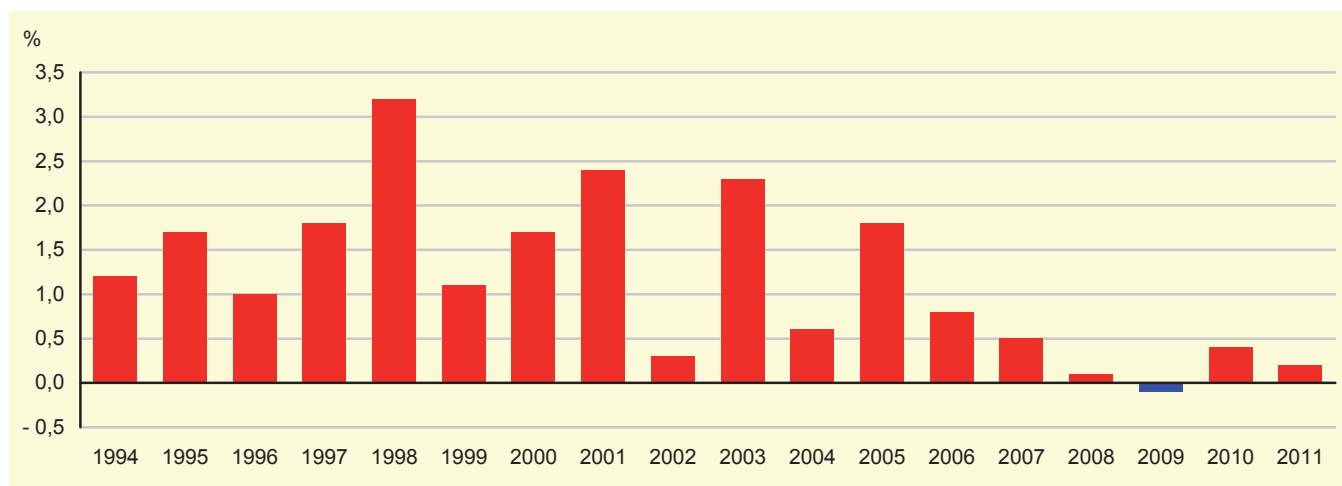
Bevölkerungsstruktur 2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	62	2	27	2	35	2	3	3	2	
3 – 6	87	3	45	3	42	3	3	3	3	
6 – 15	316	10	173	11	143	9	9	9	8	
15 – 18	117	4	54	3	63	4	3	3	3	
18 – 25	250	8	140	9	110	7	8	9	8	
25 – 40	490	15	246	15	244	15	18	19	18	
40 – 65	1 314	41	643	40	671	41	37	37	36	
65 – 75	321	10	167	10	154	10	10	10	11	
75 und mehr	282	9	126	8	156	10	9	7	11	
Insgesamt	3 239	100	1 621	100	1 618	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	43,3		42,5		44,0		43,0	41,8	44,2	

Bevölkerungsstruktur 2001

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	102	3	56	4	46	3	3	3	3	
3 – 6	116	4	64	4	52	3	3	3	3	
6 – 15	333	11	177	12	156	10	10	11	10	
15 – 18	101	3	57	4	44	3	3	3	3	
18 – 25	213	7	125	8	88	6	8	8	8	
25 – 40	692	23	331	22	361	24	23	24	22	
40 – 65	1 021	34	522	34	499	33	33	34	32	
65 – 75	267	9	126	8	141	9	9	9	10	
75 und mehr	176	6	72	5	104	7	7	5	10	
Insgesamt	3 021	100	1 530	100	1 491	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	39,4		38,1		40,7		40,4	38,8	41,9	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Wahlen

Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erweist sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs.

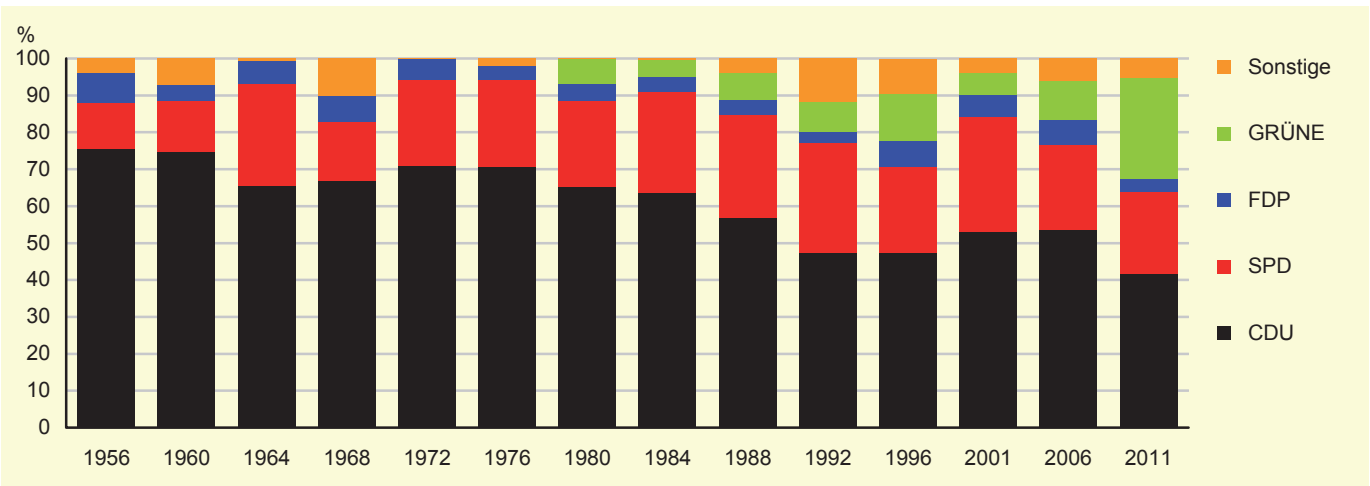
Zuletzt fanden im Jahr 2011 die Wahlen zum 15. Landtag von Baden-Württemberg statt. Die CDU lag hierbei mit einem Stimmenanteil von 39,0 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Landtagswahl 2006 5,2 Prozentpunkte. Die SPD und die FDP kamen auf 23,1 bzw. 5,3 % der gültigen Stimmen. Beide Parteien mussten damit ihre bislang niedrigsten Wahlergebnisse bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg hinnehmen. Die GRÜNEN erreichten mit 24,2 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es nun in Baden-Württemberg einen „grünen“ Ministerpräsidenten eines Landes, die Christdemokraten wiederum gehören erstmals seit 1953 nicht der Landesregierung an.

Mit 66,3 % lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg um 12,9 Prozentpunkte über der Marke von 2006 (53,4 %).

Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile ²⁾				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte		
Landtagswahl 2011	mit	2 479	1 743	70,3	41,0	21,5	28,0	4,2	5,3
Landtagswahl 2006	mit	2 372	1 742	73,4	53,3	22,9	11,1	6,8	5,8
Veränderung		+ 107	+ 1	- 3,1	- 12,3	- 1,4	+ 16,9	- 2,6	- 0,5
Bundestagswahl 2009	mit	2 471	1 905	77,1	38,2	16,9	15,3	17,5	12,0
Bundestagswahl 2005	mit	2 352	1 909	81,2	41,7	29,6	10,4	11,1	7,2
Veränderung		+ 119	- 4	- 4,1	- 3,5	- 12,7	+ 4,9	+ 6,4	+ 4,8
Europawahl 2009	mit	2 447	1 573	64,3	42,4	14,8	15,0	14,2	13,7
Europawahl 2004	mit	2 303	1 450	63,0	54,1	18,2	13,4	4,1	10,3
Veränderung		+ 144	+ 123	+ 1,3	- 11,7	- 3,4	+ 1,6	+ 10,1	+ 3,4

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Wohnen

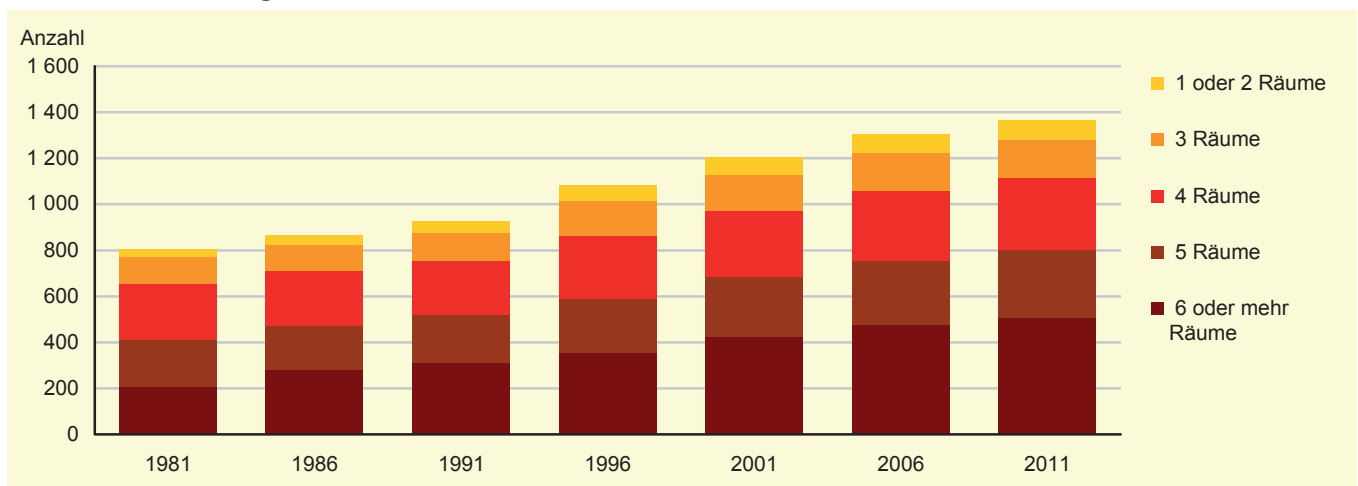
Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2011 um 0,5 % beziehungsweise knapp 25 000 auf nun über 5,03 Mill. Über drei Viertel der Wohnungen entstanden in Einfamilienhäusern. Nahezu 62 % des Zugangs waren Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen (einschließlich Küchen), weitere rund 29 % waren Drei- oder Vierraumwohnungen. Neu gebaute Wohnungen sind im Durchschnitt deutlich größer als der Wohnungsbestand. So wächst die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung kontinuierlich und erreichte 2011 92,4 m². Zehn Jahre früher waren es noch gut 2 m² weniger. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 2,7 m². Jedem Einwohner standen 2011 rein rechnerisch gut 43,1 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2011 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, gut 24 % Zweifamilienhäuser und circa 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in der Gemeinde Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit rund 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit etwas über 27 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei knapp 31 %.

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ¹⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1993	576	293	51	226	39	57	10	980	267	36
1995	607	308	51	232	38	67	11	1 054	256	38
1997	643	334	52	235	37	74	12	1 114	249	39
1999	685	359	52	248	36	78	11	1 172	247	40
2001	708	374	53	256	36	78	11	1 204	251	40
2003	733	389	53	263	36	81	11	1 244	249	41
2005	766	411	54	273	36	82	11	1 287	247	42
2007	783	424	54	276	35	83	11	1 317	244	42
2009	794	434	55	275	35	85	11	1 333	241	43
2011	817	454	56	276	34	87	11	1 365	237	44

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Bildung

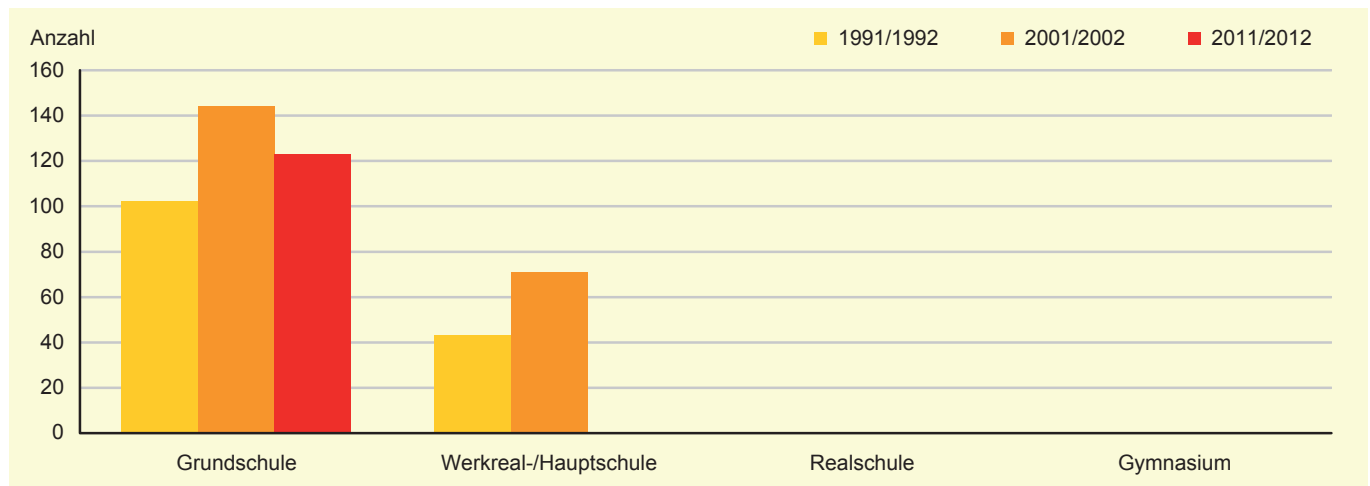
Im Schuljahr 2011/12 gab es insgesamt knapp 4 200 allgemeinbildende Schulen in Baden-Württemberg, darunter 452 private Schulen. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. Die Schülerzahlen sind in den letzten Jahren rückläufig. Zwar war nach einer Abnahme der Schülerzahlen in den 80er-Jahren im Land in den 90er-Jahren wieder ein Anstieg zu verzeichnen, der im Schuljahr 2003/04 mit gut 1,3 Millionen Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen seinen Höhepunkt erreichte. Seitdem ist die Schülerzahl aber auf 1,2 Millionen im Schuljahr 2011/12 zurückgegangen. Bis zum Jahr 2020 dürfte die Zahl unter die Millionengrenze absinken.

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in Bewegung: Ab dem Schuljahr 2012/13 wird an rund 40 Standorten die neue Schulart Gemeinschaftsschule eingeführt, in der alle Bildungsstandards angeboten werden sollen. Die Grundschulempfehlung zum Übergang auf eine weiterführende Schule ist seit 2012 nicht mehr verbindlich. An den Gymnasien hat im Sommer 2012 der sogenannte „Doppeljahrgang“ die Schule verlassen – der erste G8-Jahrgang und der letzte G9-Jahrgang. Zum Schuljahr 2012/13 wird an rund 20 Pilotschulen der G9-Zug als Schulversuch wieder eingeführt.

Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2011/2012

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt ¹⁾	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2001/2002	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
Anzahl	Anzahl							
Grundschulen	1	123	123	41	–	18	144	18
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	71	24
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–
Andere Schularten ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	1	123	123	.	.	X	215	X

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

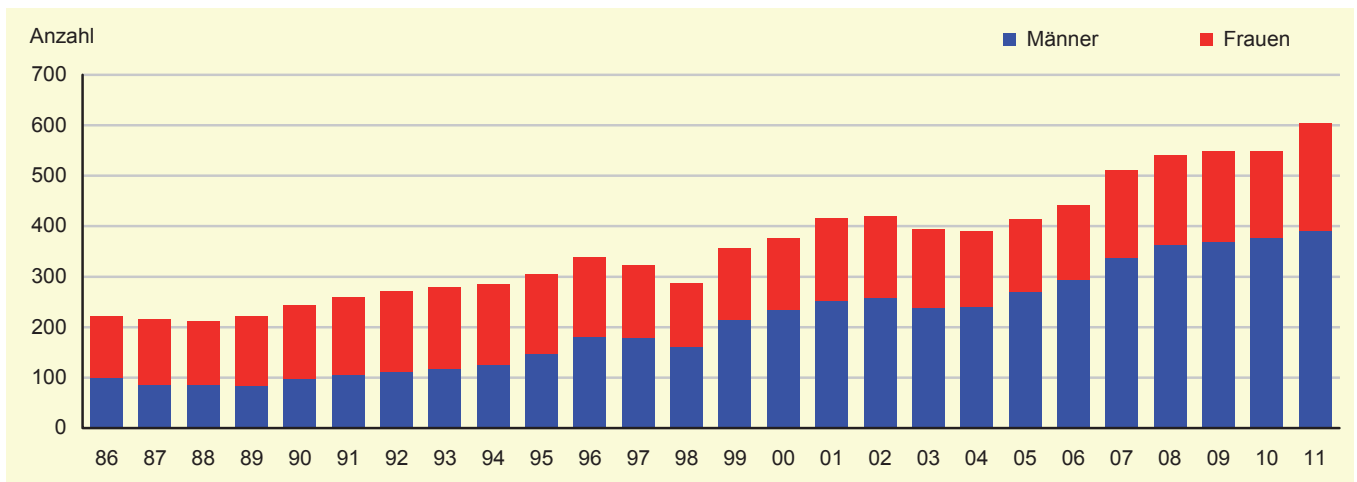
Zur Jahresmitte 2011 waren im Südwesten knapp 4 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 133 000 oder 3,5 % mehr als 10 Jahre zuvor. Dabei hat sich der seit längerer Zeit zu beobachtende Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung weiter verstärkt. Allein seit 2001 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 35 % auf aktuell 757 000 an, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer um 2 % auf 3,2 Mill. zurückging. Fast 465 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten 2011 eine akademische Ausbildung, das waren knapp 122 000 oder 35 % mehr als noch vor 10 Jahren. Gemessen an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die eine Angabe zur Berufsausbildung vorliegt, erhöhte sich die Akademikerquote seit dem Jahr 2001 von 9,7 auf aktuell 13,5 %. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel und der zunehmenden Globalisierung hat sich auch das Berufsbild der Beschäftigten gewandelt. Zwischen 2001 und 2011 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen um fast 208 000 (+9,4 %), während die Zahl der Arbeitnehmer in Fertigungsberufen im gleichen Zeitraum um gut 116 000 (-9,3 %) zurückging.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg hatte der Südwesten im Jahresdurchschnitt 2011 mit 4,0 % nach Bayern (3,8 %) bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Im Durchschnitt waren knapp 227 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 46 000 weniger als ein Jahr zuvor.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl		%					Anzahl	%	
1985	200	88	55	63	7	30
1990	243	97	60	60	9	29
1995	304	114	52	54	10	34
2000	375	129	38	69	13	16	49	53	14	24
2005	414	132	35	62	12	22	73	52	11	16
2008	541	168	33	58	20	17	35	49	9	14
2009	548	170	33	58	18	19	52	37	10	15
2010	549	171	31	58	13	24	52	48	12	19
2011	603	187	35	54	10	29	38	50	11	21

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Landwirtschaft

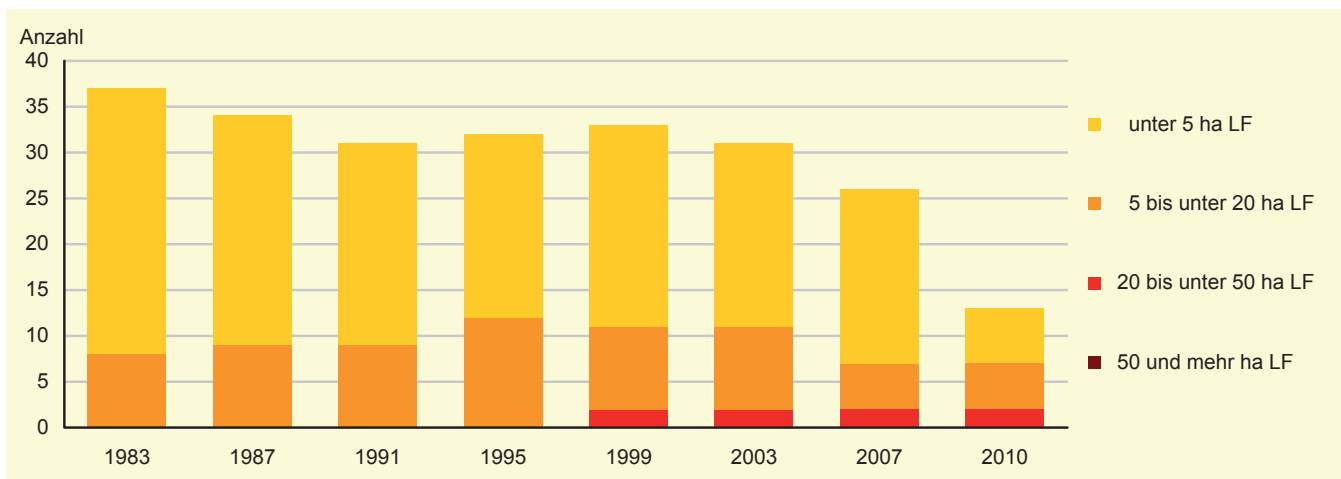
In den vergangenen Jahrzehnten führten tief greifende Strukturveränderungen in der Landwirtschaft einerseits zu einem stetigen Rückgang der Zahl der Betriebe und andererseits zu einer Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße. Im Jahr 2010 wurden im Rahmen der Landwirtschaftszählung in Baden-Württemberg insgesamt 44 512 Betriebe gezählt. Im Vergleich der Landwirtschaftszählungen von 1999 und 2010 wird deutlich, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg (bei vergleichbarer Anwendung der Erfassungsgrenzen von 2010) innerhalb von 11 Jahren um rund ein Viertel abnahm. Betrug die Betriebsgröße vor etwas mehr als 10 Jahren noch rund 24 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) je Betrieb, so liegt der Durchschnitt nun bereits bei knapp 32 ha LF. Im Vergleich zu anderen Bundesländern – mit Ausnahme der Stadtstaaten – ist die mittlere Betriebsgröße in Baden-Württemberg dennoch gering.

Landesweit wurde im Jahr 2010 eine Fläche von etwas mehr als 1,4 Mill. ha LF bewirtschaftet, davon 59 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und dem Anbau von vielfältigen Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt.

Landwirtschaft*)

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl		ha	%			ha	Anzahl				
1983	37	1	137	39	49	12	4	112	5	87	3
1987	34	4	134	39	49	12	4	95	5	95	4
1991	31	2	135	38	50	12	4	84	6	50	3
1995	32	4	148	35	50	15	5	84	8	45	4
1999	33	1	169	36	46	17	5	77	9	35	4
2003	31	2	153	37	43	19	5	30	4	21	4
2007	26	2	139	43	35	22	5
2010	13	2	106	51	30	19	8

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Gemeindefinanzen und Personal

Nach dem Krisenjahr 2009 hat sich die Wirtschaft günstig entwickelt und die Einnahmen haben sich in den Jahren 2010 und 2011 deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei den Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, standen eher gleichbleibenden Ausgaben gegenüber.

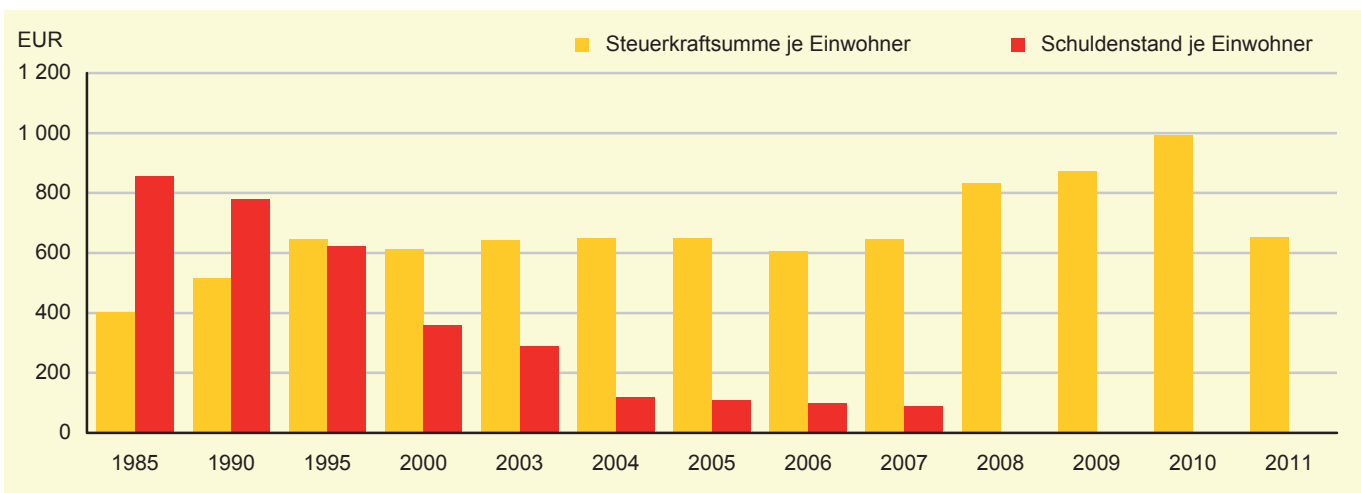
Die Einnahmen lagen 2011 mit 24 Mrd. Euro um 2 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 9,3 %). Gegenüber 2010 stiegen die Steuereinnahmen um 13,6 % auf 11,3 Mrd. Euro, das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) erhöhte sich um 1 Mrd. Euro auf 4,9 Mrd. Euro. Die Ausgaben der Gemeinden im Land reduzierten sich im Vergleich zu 2010 um 0,4 Mrd. auf 22,5 Mrd. Euro.

Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2011 insgesamt rund 12,6 Mrd. Euro, wovon 5,4 Mrd. von den Kernhaushalten und 7,2 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der kommunale Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,4 Mrd. Euro bzw. 3 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 166 Euro.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme		Schuldenstand ¹⁾		Gewerbesteuer		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	651	288	1 189	521	118	52	22	.
1985	910	401	1 953	857	148	65	35	.
1990	1 257	514	1 955	778	65	26	39	.
1995	1 693	646	1 665	622	159	59	32	.
2000	1 762	611	1 045	358	221	76	30	26
2005	2 026	649	338	108	639	203	27	23
2008	2 666	832	0	0	1 501	467	30	24
2009	2 806	873	0	0	68	21	31	24
2010	3 198	992	0	0	1 195	372	33	26
2011	2 096	652	0	0	1 059	328	36	28

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

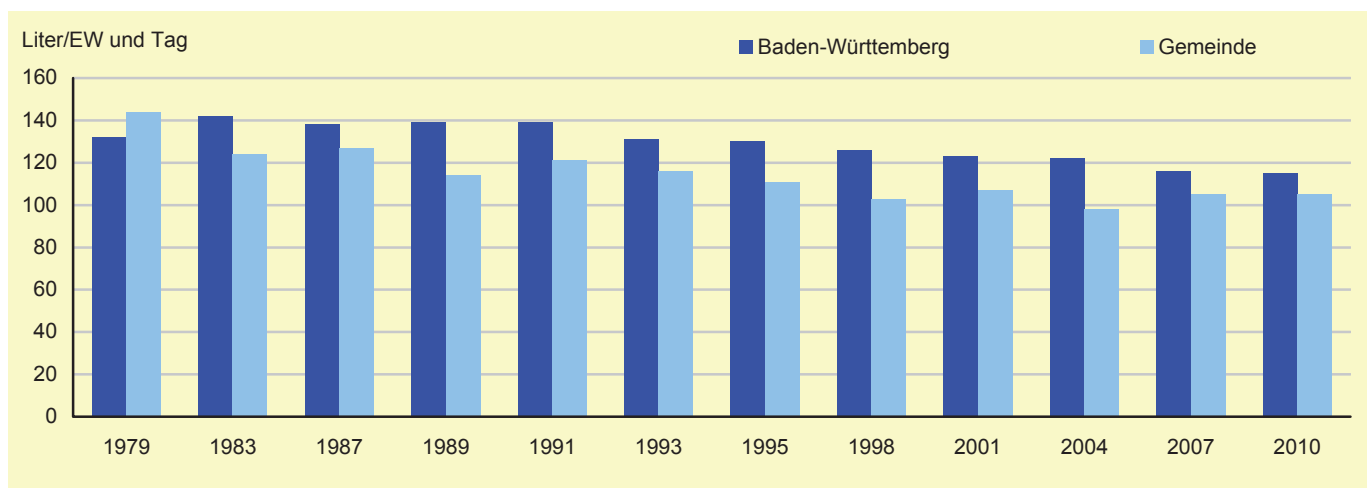
In Baden-Württemberg wurden 2010 insgesamt rund 4,6 Mrd. m³ Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser gewonnen. Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2010 rund 560 Mill. m³. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit nur noch leicht auf 115 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung wassersparender Technologien.

Durchschnittlich 1,97 Euro müssen die Baden-Württemberger für einen Kubikmeter Trinkwasser (Stand: 1. Januar 2012) bezahlen. Der Preis für ein Kubikmeter Abwasser liegt 2012 in Städten und Gemeinden mit einer Einheitsgebühr bei durchschnittlich 2,53 Euro, in Städten und Gemeinden mit einer gesplitteten Abwassergebühr bei durchschnittlich 1,86 Euro je m³ Schmutzwasser und 0,45 Euro je m² versiegelter Fläche für Niederschlagswasser. Durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim vom 11. März 2010 müssen nun alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihr Gebührensystem auf eine gesplittete Abwassergebühr umstellen. Bis Anfang 2012 konnte diese Vorgabe von 802 der 1 101 Gemeinden umgesetzt werden.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ¹⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasser ²⁾			
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch		Einheitsgebühr	Schmutzwasserentgelt	Niederschlagswasserentgelt	
										1 000 m ³
1979	121	–	121	120	99	144	0,49	0,72	.	.
1987	177	67	110	106	96	127	0,63	1,12	.	.
1991	162	52	110	109	99	121	0,82	1,58	.	.
1995	130	23	107	106	99	111	0,82	2,66	.	.
1998	131	25	106	105	99	103	1,26	2,66	–	–
2001	135	18	117	116	99	107	1,26	2,66	–	–
2004	10	41	114	110	96	98	1,26	2,66	–	–
2007	8	–	124	121	98	105	1,07	1,90	–	–
2010	62	–	124	121	98	105	1,68	2,54	–	–

Trinkwasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher



Verkehr

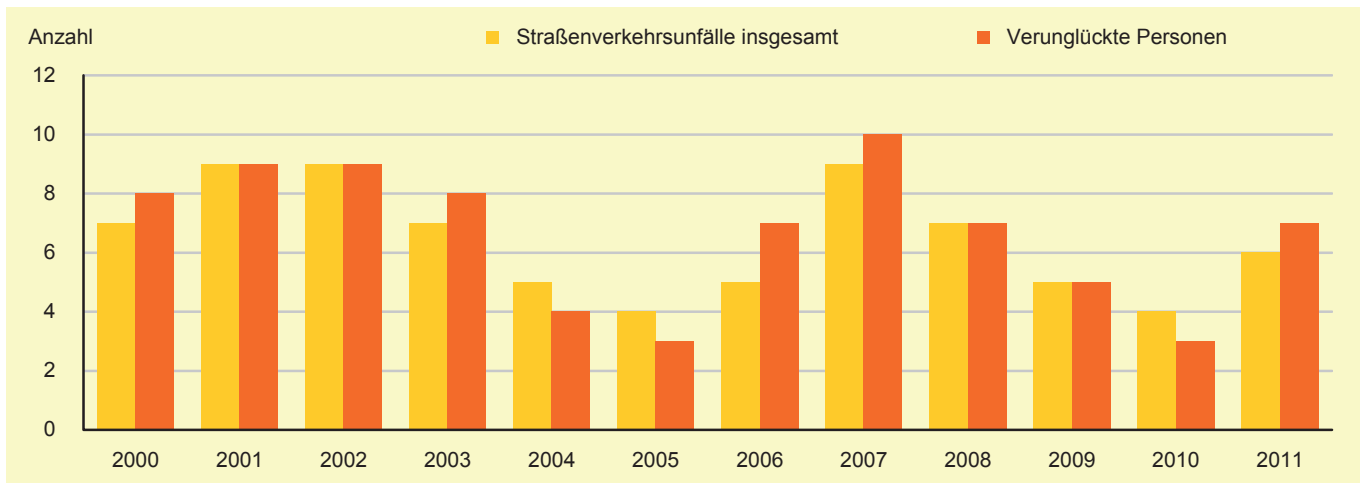
Gut 7 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2011 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge bzw. Außerbetriebsetzungen nicht mehr aufgeführt, was zu einem methodisch bedingten Rückgang des Fahrzeugbestandes führte. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2011 auf 5,8 Mill. belief. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Württemberger 539 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und zeichnen sich durch eine unterdurchschnittliche Pkw-Dichte aus. In ländlicheren Gebieten ist diese demzufolge höher. Sondereinflüsse wie beispielsweise gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen können sich hier regional auswirken. Die geringste Pkw-Dichte weisen die Universitätsstädte Heidelberg und Freiburg mit 372 bzw. 375 je 1 000 Einwohner auf.

Mit rund 47 800 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen lag deren Zahl 2011 um 5,8 % höher als im Jahr zuvor. Erfreulicherweise sank jedoch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer um 2,4 % und erreichte mit 482 Unfalltoten den niedrigsten Wert seit Bestehen der Unfallstatistik. Insgesamt stieg die Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden bzw. schwerem Sachschaden um über 3 % auf 52 200 an.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ¹⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
Anzahl									
1991	1 574	1 308	106	513	9	7	7	–	1
1995	1 743	1 405	142	525	9	9	13	–	4
1999	1 921	1 528	181	529	8	7	9	–	2
2003	2 139	1 704	200	562	7	6	8	–	3
2006	2 169	1 860	218	585	5	4	7	–	–
2007	2 228	1 912	220	597	9	9	10	–	2
2008	2 071	1 765	213	548	7	6	7	–	–
2009	2 096	1 772	221	550	5	4	5	–	2
2010	2 130	1 798	225	559	4	3	3	–	–
2011	2 161	1 823	229	564	6	6	7	–	1

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2011/12. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote 1).
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 5) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2011 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.

Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemein bildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2011/12.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitt.
- 1) Wirtschaftssystematik:
 - bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausgabe 1983 (WS73)
 - Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993, Ausgabe 1993 (WZ 1993)
 - Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit Stichtag 31.03.2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebungen und Landwirtschaftszählungen. Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind diese Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Öffentliche Finanzen und Personal

- *) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapierschulden, Kassenkredite).

Wasserwirtschaft

- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 2) Jeweils bezogen auf die Gemeinden, die eine Einheitsgebühr oder eine gesplittete Abwassergebühr (für Schmutzwasser und Niederschlagswasser getrennt) erheben. 1997 erhoben 4 Gemeinden (0,4%) eine gesplittete Abwassergebühr. Bis 2010 erhöhte sich die Anzahl auf 29 Gemeinden mit 17,9% der Gesamteinwohner Baden-Württembergs.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.
- Erhebungsmonat bis 2000: 1. Juli des Jahres; ab 2001: 1. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
- 1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des §8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Haupterwerbsbetriebe

Zu den Haupterwerbsbetrieben zählen Betriebe, in denen das Einkommen des Betriebsinhabers (und ggf. seines Ehegatten) aus betrieblichen Quellen höher ist als das Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen. Das Gegenstück ist der Nebenerwerbs-

betrieb. Die Typisierung in Haupt- und Nebenerwerb erfolgt nur für Betriebe in der Rechtsform eines Einzelunternehmens. Von 1997 bis 2007 bildeten die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach galten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

Letztverbraucher

Im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Niederschlagswasserentgelt

Das Entgelt wird für die Beseitigung von Regenwasser erhoben. Die anfallenden Kosten werden entweder auf den m³ Frischwasser bezogen und sind dann im Abwasserpreis enthalten oder sie werden als Niederschlagswassergebühr flächenbezogen (z.B. je m² versiegelter Fläche) in EUR je m² erhoben (gesplittete Gebühr). Grundstücke mit stark versiegelten Flächen, die viel Regenwasser in die öffentliche Abwasserkanalisation einleiten werden dadurch stärker an den dafür anfallenden Kosten der Abwasserbeseitigung beteiligt.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der

Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schmutzwasserentgelt

Hier werden die Kosten für die Einleitung von Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation und die Beseitigung von verschmutztem Wasser dargestellt, sofern sie nicht im Abwasserpreis enthalten sind (gesplittete Gebühr). Der Preis setzt sich aus den kalkulierten Kosten für den Abwassertransport (Kanalgebühr) und die Abwasserreinigung (Klärgebühr) zusammen. Das Schmutzwasser wird in EUR je m³ Frischwasser berechnet. Da in Baden-Württemberg die Abwasserbeseitigung noch vollständig in kommunaler Hand liegt wird dafür keine Mehrwertsteuer erhoben.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst - oder deren Fahrzeuge - Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de